
N i e d e r s c h r i f t

über die Sitzung des Haupt- und Personalausschusses am 21.11.2019

Sitzungsbeginn: 16:30 Uhr
Sitzungsende: 20:38 Uhr
Sitzungsort: Ratssaal des Rathauses Dessau

Teilnehmer/-innen: siehe Anwesenheitsliste

Öffentliche Tagesordnungspunkte

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit**

Herr Oberbürgermeister Kuras begrüßt als Vorsitzender des Haupt- und Personalausschusses die Ausschussmitglieder, Beigeordneten und Gäste. Er stellt die form- und fristgerechte Ladung und Beschlussfähigkeit mit 9 anwesenden Ausschussmitgliedern fest.

- 2 Beschlussfassung der Tagesordnung**

Frau Nußbeck, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Finanzen, zieht die Beschlussvorlage im nichtöffentlichen Teil unter dem Tagesordnungspunkt 7.2. „Unternehmensangelegenheiten“ zurück.

Die Tagesordnung wird geändert beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 9/0/0

- 3 Genehmigung der Niederschrift vom 25.09.2019**

Die Niederschrift vom 25.09.2019 wird mehrheitlich genehmigt.

Abstimmungsergebnis: 8/0/1

4 Bekanntgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums

Herr Oberbürgermeister Kuras gibt die nichtöffentlichen Beschlüsse der letzten regulären Sitzung bekannt:

- Verleihung der Ehrenmedaille der Stadt Dessau-Roßlau
- Unternehmensangelegenheiten
Neufassung der Beherrschungs- und Gewinnabführungsverträge zwischen der Dessauer Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH -DVV- Stadtwerke (DVV) und der Dessauer City Kabel GmbH, der Daten- und Telekommunikations-GmbH Dessau, der Dessauer Stromversorgung GmbH, der Dessauer Verkehrs GmbH, der Flugplatz Dessau GmbH sowie der Gasversorgung Dessau GmbH
- Grundstücksangelegenheit
Marktabfrage zum Verkauf zur privaten Betreuung oder Verpachtung mit Nutzungskonzept als Schwimmhalle
- Grundstücksangelegenheit
Leipziger Torhaus als Nachbarschaftszentrum

5 Bekanntgabe und Begründung von Eilentscheidungen des Oberbürgermeisters

Es liegen keine Eilentscheidungen im Berichtszeitraum vor.

6 Einwohnerfragestunde

Bürgerin 1, Frau Lechler, möchte wissen wieso das Naturkundemuseum ab dem 01.12. 2019 bis zum 31.01.2020 geschlossen hat und seit wie vielen Jahren dies schon praktiziert wird.

Herr Kuras, Amtsleiter des Kulturamtes, berichtet, dass dieses System mit den Blockschließzeiten seit 4 Jahren existiert. Nach einer umfassenden Besucheranalyse wurde festgestellt, dass diese Monate, die mit den wenigsten Besucherzahlen sind. Deshalb hat der Stadtrat beschlossen die Blockschließzeit einzuführen.

Des Weiteren berichtet **Frau Lechler** darüber, dass der Verkauf der Tickets und der Sicherheitsdienst von der Firma b.i.g. sicherheit GmbH abgedeckt wird. Die Mitarbei-

ter müssen sich für diese zwei Monate arbeitslos melden und können danach erst wieder in ein Arbeitsverhältnis treten. Sie möchte wissen, ob man dies ändern kann.

Herr Kuras bestätigt die Aussage von Frau Lechler, dass die Aufsichts- und Kasenkräfte von Fremdfirmen gestellt werden. Vor zwei Jahren gab es eine umfassende Ausschreibung, die die Blockschließzeit beinhaltet hat. Diese Ausschreibung hat die b.i.g Sicherheitsfirma gewonnen. Die städtischen Mitarbeiter werden ganzjährig beschäftigt.

Die dritte Anfrage von **Frau Lechler** bezieht sich auf die WelterbeCard. Sie möchte, dass das Naturkundemuseum Bestandteil dieser Karte wird. Des Weiteren fragt sie an, ob der Verkauf der Eintrittskarten, innerhalb der Blockschließzeiten, über die Tourist-Info erfolgen kann und ob man mehr Werbung für die Museen betreiben werden kann.

Herr Kuras berichtet, dass das Naturkundemuseum bereits in der WelterbeCard inkludiert ist. Das Problem sei nicht der Ticketverkauf an sich, sondern es sind kombinierte Stellen, d.h. es gibt keinen Mitarbeiter der nur für den Verkauf der Tickets zuständig ist. Nach einer Rücksprache mit der Risikoversicherung wurde die Stellenanzahl des Aufsichtspersonal erarbeitet, wobei für die Stadt immense Kosten entstehen.

Herr Kellner, Fraktion CDU, stimmt Frau Lechler zu, dass die Blockschließzeiten auf die Sommermonate verlegt werden sollten.

Herr Oberbürgermeister Kuras erläutert, dass Analysen der Besucherzahlen durchgeführt wurden und in den Wintermonate war das Naturkundemuseum am wenigstens frequentiert.

Herr Dreibrodt, Freie Fraktion Dessau-Roßlau, betritt die Sitzung. (10)

Herr Oberbürgermeister Kuras stellt nach diesem Tagesordnungspunkt die Nicht-öffentlichkeit her.

8 Öffentliche Anfragen und Informationen

8.1 Sonstige Anfragen und Mitteilungen

Herr Adamek, Fraktion CDU, möchte Sachstandinformationen zu den folgenden Thema: die Zukunftskonferenz, das Handyparken und die Ehrenamtskarte. Bei dem Thema der Ehrenamtskarten interessiert ihn ausgegebene Stückzahl und in welchen Bereichen es ausgegeben wurde. Des Weiteren beschreibt er die Schäden an den Wegen des Schlossparkes Georgium durch wahrscheinlich Harvestereinsätze und er wünscht eine Klärung bezüglich des Verursachers und der folgenden Haftung.

Frau Schlonski, Beigeordnete für Stadtentwicklung und Umwelt, würde gerne die Bilder in Augenschein nehmen und den genauen Standort zu erfahren.

Bezüglich der Ehrenamtskarten regt **Herr Kellner, Fraktion CDU**, die Hinzunahme neuer Partner an und wünscht sich eine Überarbeitung dieser Seite.

Des Weiteren weist er auf einen Schaden an einem Beet vor Mc Donalds in der Innenstadt hin.

Herr Kellner bittet darum, dass Termine mit den Ortschaftsräten abgesprochen werden.

Herr Sauer, Pressesprecher der Stadt Dessau-Roßlau, gibt bekannt, dass die Eröffnung des Spielplatzes in Mildensee nicht als Pressetermin angedacht war, sondern als schriftliche Mitteilung der Verwaltung. **Herr Kellner** kann dies nachvollziehen, aber der Ortschaftsrat hat zu kurzfristig davon erfahren und hat versucht zu der Eröffnung des Spielplatzes noch Familien einzuladen.

Es wurden keine weiteren Wortmeldungen hervorgebracht.

9 Beschlussfassungen

9.1 Neufassung der Hauptsatzung Vorlage: BV/421/2019/II-30

Frau Nußbeck, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Finanzen, bringt zwei Änderungen für die Hauptsatzung mit ein:

Der erste Vorschlag befindet sich unter § 6. Es soll die Wirtschaftsförderungsgesellschaft Anhalt – Bitterfeld – Dessau - Wittenberg mitaufgenommen werden.

Die zweite Änderung wäre im § 9 Absatz 1 Punkt 9 und dort wird folgendes vorgeschlagen: „Die Vergabe von Aufträgen nach VOB und nach VOL abschließend sowie die Vergabeleistungen von Planungsleistungen für Architekten und Ingenieure bis 125.000 EUR. Der Oberbürgermeister informiert über die Vergabe von Aufträgen nach VOB für Auftragssummen im Einzelfall ab 375.000 EUR sowie über Vergabeleistungen nach VOL ab 125.000 EUR.“

Frau Beck, Amtsleiterin des Rechtsamtes, verweist auf die erforderliche Mehrheit in der Stadtratssitzung am 04.12.2019.

Die Änderungen werden von allen Fraktionen akzeptiert und die Beschlussvorlage wird zur Abstimmung gegeben.

Abstimmungsergebnis: 9/0/0

Nach diesem Tagesordnungspunkt erscheint **Herr Schönemann, Fraktion Die Linke**, zur Sitzung. (10)

9.2 Neufassung der Geschäftsordnung des Stadtrates und seiner Ausschüsse **Vorlage: BV/368/2019/II-30**

Herr Mrosek, Fraktion AfD, bittet um die Aufnahme des besprochenen Passuses der namentlichen Abstimmung im § 12 Absatz 5. **Frau Beck, Amtsleiterin des Rechtsamtes**, gibt bekannt, dass folgender Satz mithinzugenommen wird: Auf Antrag einer Fraktion ist namentlich abzustimmen.

Herr Adamek, Fraktion CDU, wünscht sich eine Begrenzung der Einwohnerfragestunde auf 30 Minuten und eine Einreichungsfrist von zwei oder drei Arbeitstagen vor der Sitzung für die Fragen der Einwohner um eine verbindliche Antwort der Verwaltung abzusichern.

Die Fraktion Die Linke und Die Grünen, FDP, Neues Forum - Bürgerliste stimmen dem Wunsch der Fraktion CDU zu.

Herr Dr. Melchior, Fraktion Die Grünen, FDP, Neues Forum –Bürgerliste, weist auf die widersprüchliche Passage in der Geschäftsordnung hin. Das Wort „Thema“ ist zu undefiniert und lässt den Bürger einem großen Spielraum.

Frau Nußbeck, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Finanzen, bedankt sich für den Hinweis.

Herr Dr. Melchior möchte wissen, was mit den Bürgern geschieht, die ihre Frage zu spät einreichen. **Frau Beck, Amtsleiterin des Rechtsamtes**, gibt zu bedenken, dass eine Fristeinführung fraglich sei und eine generelle Ausschließung nicht möglich ist. **Herr Eichelberg, Fraktion SPD**, äußert Bedenken daran, die Bürger an spontane Anfragen zu hindern.

Herr Rumpf, Vorsitzender des Stadtrates, setzt sich für die Abgabefrist der Bürgerfragen und die Begrenzung der Einwohnerfragestunde ein. Die Bürger werden nicht ausgeschlossen, sondern es werden die Fragen lediglich in die nächste Sitzung übertragen.

Herr Mrosek, Fraktion AfD, möchte wissen, ob die Anonymisierung der Bürger (Bürger 1, Bürger 2 ...) rechtmäßig ist. Er wünscht sich diesbezüglich eine Wiedereinführung der Namensnennung. **Herr Oberbürgermeister Kuras** stimmt dem Vorschlag zu.

Frau Beck erläutert, dass gemäß der Datenschutzregelung eine Schutzfunktion für die Bürger existiert. Die namentliche Nennung ist nur auf Wunsch des Bürgers möglich. Des Weiteren fasst sie die vorgebrachten Vorschläge zusammen. Im § 6 Absatz 3 soll die Einwohnerfragestunde auf höchstens 30 Minuten begrenzt werden und im Absatz 4 soll es heißen: „Dazu reicht der Einwohner seinen Namen, seine Adresse sowie die Fragen bis zum Vortag der Sitzung um 15:30 Uhr, schriftlich, elektronisch oder telefonisch im Büro des Stadtrates ein.“.

Herr Oberbürgermeister Kuras möchte, dass im § 15 Absatz 2 Buchstabe g der Passus „wobei ersichtlich sein muss, an welchen Abstimmungen oder Wahlen und aus welchen Grund die Betroffenen nicht teilgenommen haben.“ ersatzlos gestrichen wird.

Die **Fraktionen** stimmen der Streichung zu.

Des Weiteren empfindet er den 2. Satz im § 22 Absatz 2 für rechtlich falsch und er gibt bekannt, dass, wenn es zu einer Beschlussfassung kommt, er es beanstanden wird und die Kommunalaufsicht darüber entscheidet. **Herr Sauer, Pressesprecher der Stadt Dessau-Roßlau**, bestätigt, dass der Autor des Beitrages im Amtsblatt nicht alleinverantwortlich ist, sondern die Stadt als Herausgeber eine Mitverantwortung besitzt.

Herr Adamek, Fraktion CDU, möchte wissen, ob man mit einer Aktenlage, die Fraktionen in die alleinige Verantwortung bringen könnte. **Herr Oberbürgermeister Kuras** verneint diese Frage.

Die **Fraktionen** stimmen der Streichung nicht zu und sehen die Möglichkeit einer Umlegung der alleinigen Verantwortung auf die Fraktionen.

Herr Dreibrodt, Freie Fraktion Dessau-Roßlau, möchte wissen, wieso ab Dezember 2018 der eine Satz unter den Amtsblattartikeln nicht mehr drunter steht. **Herr Sauer, Pressesprecher der Stadt Dessau-Roßlau**, gibt bekannt, dass nach der Überarbeitung des Amtsblattes der Satz entfallen ist, da die rechtliche Absicherung dadurch nicht gegeben ist.

Herr Dr. Melchior, Fraktion Die Grünen, FDP, Neues Forum – Bürgerliste, geht auf den § 4 Absatz 3 ein. Durch diese Regelung ist die Abstimmung der Fraktionen nicht mehr sichtbar. **Frau Beck, Amtsleiterin des Rechtsamtes**, gibt bekannt, dass folgender Satz ergänzt wird: „Die Bildaufzeichnung und Übertragung ist auf das Rednerpult, die Mitglieder des Stadtrates, den Bereich des Stadtratsvorsitzenden und des Oberbürgermeisters zu beschränken; ...“.

Alle Ausschussmitglieder stimmen dieser Ergänzung zu.

Abstimmungsergebnis: 9/1/0

Herr Fackiner, Fraktion Die Grünen, FDP, Neues Forum – Bürgerliste, verlässt nach diesem Tagesordnungspunkt die Sitzung. (9)

9.3 Redaktionsstatut für die Herausgabe des Amtsblattes der Stadt Dessau-Roßlau Vorlage: BV/380/2019/I-OB

Herr Oberbürgermeister Kuras führt kurz in die Beschlussvorlage ein.

Herr Dreibrodt, Freie Fraktion Dessau-Roßlau, erläutert, dass seine Fraktion jeden Eingriff der in die Grundrechte, wie die Meinungs-, Informations- und Pressefreiheit, ablehnt. Des Weiteren legt er die Gründe dar, warum die Ausschussmitglieder diese Beschlussvorlage ablehnen sollten und er bitte sie dies auch zu tun. Zudem sieht er zu dieser Thematik dringenden Handlungsbedarf.

Herr Oberbürgermeister Kuras empfindet die Anschuldigungen von Herrn Stadtrat Dreibrodt für unwahr und verbittet solche persönlichen Angriffe. Des Weiteren zitiert er die Artikel 2 und 5 des Grundgesetzes und erläutert, dass die Meinungsfreiheit im Sinne des Grundgesetzes nicht unbeschränkt ist.

Herr Dreibrodt stellt dar, dass diese Äußerung nicht gegen den Oberbürgermeister gerichtet war, sondern gegen ein anderes Ausschussmitglied. Zudem erwähnt er, dass in der Begründung des Verbotes des Amtsblattartikels sich nicht nur mit dem Rechtsamt verständigt wurde, sondern auch mit den Fraktionsvorsitzenden.

Herr Eichelberg, Fraktion SPD, möchte die Stellungnahme von dem Landesverwaltungsamt abwarten und dann erst einen Beschluss fassen. Bei einer heutigen Beschlussfassung würde er diese Beschlussvorlage ablehnen.

Herr Adamek, Fraktion CDU, beantragt die Vertagung der Beschlussvorlage bis eine rechtliche Stellungnahme zur der Thematik des § 22 der Geschäftsordnung vorliegt.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, unterstützt den Geschäftsordnungsantrag. Des Weiteren gibt er bekannt, dass er sich gegen derartige Unterstellungen wehrt. Er möchte, dass so etwas in den politischen Gremien nicht mehr vorkommt.

Anschließend stellt **Herr Oberbürgermeister Kuras** den **Geschäftsordnungsantrag zur Vertagung der Beschlussvorlage** zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis über den Geschäftsordnungsantrag : 8/0/1

Nach der Abstimmung des Antrages gibt **Herr Oberbürgermeister Kuras** bekannt, dass er sich das Recht vorbehält in dieser Zeit, wo noch keine Vorlage beschlossen wurde, dementsprechend handeln und entscheiden wird. Er bittet von Unmutsbekundungen abzusehen.

-
- 9.4** **Mitarbeit der Stadt Dessau-Roßlau in der Arbeitsgemeinschaft "Ländlicher Raum"**
Vorlage: BV/314/2019/I-08

Abstimmungsergebnis: 9/0/0

- 9.5** **Neuwahl der Vertreter der Stadt Dessau-Roßlau für die Regionalversammlung der Regionalen Planungsgemeinschaft Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg**
Vorlage: BV/423/2019/III-61

Herr Oberbürgermeister Kuras führt kurz in die Beschlussvorlage ein.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, bittet, dass nach der Wahl eine Verständigung erfolgen soll, welche Möglichkeiten zur Verbesserung der Einflussnahme in dem Gremium existieren.

Abstimmungsergebnis: 9/0/0

- 9.6** **Änderung der Straßenausbaubeitragssatzung (Wiedervorlage)**
Vorlage: FV/013/2019/SPD

Die Beschlussvorlage wird von dem Einreicher die **Fraktion SPD** zurückgezogen und er bittet um die Einmündung der Thematik in die Arbeitsgruppe der Straßenausbaubeiträge.

- 9.7** **Wahl des Jagdbeirates**
Vorlage: BV/408/2019/II-32

Abstimmungsergebnis: 9/0/0

- 9.8** **Durchführung der repräsentativen kommunalen Bürgerumfrage in Dessau-Roßlau**
Vorlage: BV/356/2019/III-61

Abstimmungsergebnis: 9/0/0

-
- 9.9 Zuschuss zur Förderung des Spitzensports Saison 2019/2020 an den Dessau-Roßlauer Handballverein von 2006 e.V.
Vorlage: BV/367/2019/IV-52**

Abstimmungsergebnis: 9/0/0

Beschluss:

1. Die Stadt Dessau-Roßlau bezuschusst, zur Sicherung des Spielbetriebes des Sportvereins in der 3. Handball-Bundesliga, den Dessau-Roßlauer Handballverein von 2006 e.V. (DRHV 2006 e.V.) im Rahmen der Spitzensportförderung in 2019 mit einer Zuwendung in Höhe von 60.000,00 EUR für die Saison 2019/2020.
2. Das Referat Sportförderung wird ermächtigt, nach Vorlage des genehmigten Freigabeantrages, einen entsprechenden Zuwendungsbescheid an den DRHV 2006 e.V. zu erstellen.

- 9.10 Entscheidung über die Annahme von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen gemäß § 99 Abs. 6 KVG LSA
Vorlage: BV/420/2019/I-OB**

Abstimmungsergebnis: 9/0/0

Beschluss:

Der Annahme der in der Anlage dargestellten Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen gemäß § 99 Abs. 6 KVG LSA wird zugestimmt.

- 9.11 Entscheidung über die Annahme von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen gem. §99 Abs. 6 KVG LSA
Vorlage: BV/372/2019/II-DKT**

Abstimmungsergebnis: 9/0/0

Beschluss:

Der Annahme, der in der Anlage dargestellten Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen für den Zeitraum Juli bis September 2019 wird zugestimmt.

-
- 9.12 Entscheidung über Annahme von Spenden und Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen gemäß § 99 Abs. 6 KVG LSA**
Vorlage: BV/389/2019/IV-ATD

Abstimmungsergebnis: 9/0/0

Beschluss:

Der Annahme der in der Übersicht (Anlage 2) dargestellten Spenden für das Anhaltische Theater Dessau wird zugestimmt.

Nach diesem Tagesordnungspunkt wird die Nichtöffentlichkeit hergestellt.

14 Schließung der Sitzung

Herr Oberbürgermeister Kuras stellt die Öffentlichkeit wieder her und schließt die Sitzung um 20:38 Uhr.

Dessau-Roßlau, 30.12.19

Oberbürgermeister Peter Kuras
Vorsitzender Haupt- und Personalausschuss

Josephine Fuchs
Schriftführer